

2013

Ausgegeben zu Bonn am 16. April 2013

Nr. 9

Tag	Inhalt	Seite
8. 4. 2013	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. Januar 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Sozialversicherungsleistungen und -beiträgen durch Erwerbstätigkeit und bei Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit (Deutsch-Niederländischer Vertrag zur Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit) <small>GESTA: XD053</small>	378
15. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über das auf Unterhaltspflichtigen anzuwendende Recht	386
15. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern	387
18. 2. 2013	Bekanntmachung zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen sowie zum Zusatzprotokoll hierzu	388
19. 2. 2013	Bekanntmachung der deutsch-tscharischen Vereinbarung über Technische Zusammenarbeit	389
21. 2. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels	391
26. 2. 2013	Bekanntmachung über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Vollstreckung ausländischer strafrechtlicher Verurteilungen	393
27. 2. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls von 1997 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und der dazugehörigen Verordnung <small>FNA: 2129-12-1</small>	394
27. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume	396
28. 2. 2013	Bekanntmachung des deutsch-mauretanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	397
1. 3. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 3. Juni 1999	399
1. 3. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	400
1. 3. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten	400
7. 3. 2013	Bekanntmachung der deutsch-brasilianischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	401
12. 3. 2013	Bekanntmachung des deutsch-marokkanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	404
19. 3. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	407
27. 3. 2013	Bekanntmachung zu dem Datum des Inkrafttretens des deutsch-san-marinesischen Abkommens über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch	407

Gesetz
zu dem Vertrag vom 12. Januar 2012
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
des grenzüberschreitenden Missbrauchs
bei Sozialversicherungsleistungen und -beiträgen durch Erwerbstätigkeit
und bei Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende
sowie von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit
und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit
(Deutsch-Niederländischer Vertrag
zur Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit)

Vom 8. April 2013

Der Bundestag hat mit der Mehrheit seiner Mitglieder und mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Den Haag am 12. Januar 2012 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Sozialversicherungsleistungen und -beiträgen durch Erwerbstätigkeit und bei Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit (Deutsch-Niederländischer Vertrag zur Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit) wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, Änderungen des Vertrages nach seinem Artikel 10 Absatz 1 sowie Ergänzungen des Vertrages durch Beifügung von Anlagen und Änderungen von Anlagen des Vertrages nach seinem Artikel 10 Absatz 2 Satz 1 durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen, soweit sich die Änderungen und Ergänzungen im Rahmen des Vertragszwecks halten.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 8. April 2013

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Die Bundesministerin
für Arbeit und Soziales
Ursula von der Leyen

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs
bei Sozialversicherungsleistungen und -beiträgen durch Erwerbstätigkeit
und bei Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende
sowie von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit
und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit
(Deutsch-Niederländischer Vertrag
zur Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit)

Verdrag
tussen de Bondsrepubliek Duitsland
en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake samenwerking bij de bestrijding van grensoverschrijdende fraude
met socialezekerheidsuitkeringen en -premies door arbeid
en met basisuitkeringen ten gunste van werkzoekenden
alsmede met niet-aangemelde werkzaamheden
en illegaal grensoverschrijdend uitzendwerk
(Duits-Nederlands verdrag
tot bestrijding van grensoverschrijdende zwarte arbeid)

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Königreich der Niederlande

(im Folgenden „Vertragsstaaten“ genannt) –

De Bondsrepubliek Duitsland

en

het Koninkrijk der Nederlanden

(hierna te noemen “de Verdragsluitende Partijen”) –

Bezug nehmend auf die Entschließung 1999/C 125/01 des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom 22. April 1999 über einen Verhaltenskodex für die Verbesserung der Zusammenarbeit der Behörden der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Sozialversicherungsleistungen und -beiträgen und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sowie bei grenzüberschreitender Leiharbeit,

unter Berücksichtigung der Bestimmungen über die gegenseitige Amtshilfe und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen und Einrichtungen der beiden Vertragsstaaten, die bereits durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (in der Fassung vom 30. Januar 1997), (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und Rates vom

Gelet op de Resolutie 1999/C 125/01 van de Raad van de Europese Unie en de in de Raad verenigde vertegenwoordigers van de regeringen van de lidstaten van de Europese Unie van 22 april 1999 over een gedragscode ter verbetering van de samenwerking tussen de autoriteiten van de lidstaten bij de bestrijding van grensoverschrijdende fraude met socialezekerheidsuitkeringen en -premies, alsmede met niet-aangemelde werkzaamheden en grensoverschrijdend uitzendwerk,

Gelet op de bepalingen inzake wederzijdse rechtshulp en de samenwerking tussen de bevoegde instanties en instellingen van beide Verdragsluitende Partijen die reeds zijn voorzien in Verordening (EG) nr. 1408/71 van de Raad van 14 juni 1971 tot toepassing van de socialezekerheidsregelingen op werknemers en zelfstandigen, alsmede op hun gezinsleden, die zich binnen de Gemeenschap verplaatsen (in de versie van 30 januari 1997), (EG) nr. 883/2004 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende de coördinatie van de socialezeker-

29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und durch die Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (einschließlich der Kontrolle der maßgeblichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen) vorgesehen sind,

unter Berücksichtigung der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr,

in der Auffassung, dass es zur Umsetzung der vorgenannten Bestimmungen von Bedeutung ist, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren und zu diesem Zweck die zuständigen Stellen, die Ebenen und Formen der Zusammenarbeit zu benennen,

in dem Bewusstsein, dass national unterschiedliche Herangehensweisen und Definitionen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Missbrauchs bei Sozialversicherungsleistungen und -beiträgen durch Erwerbstätigkeit und bei Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit bestehen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zweck des Vertrags

(1) Die Vertragsstaaten streben eine Intensivierung der Zusammenarbeit ihrer Stellen bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Sozialversicherungsleistungen und -beiträgen durch Erwerbstätigkeit und bei Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit an.

(2) Die Vorschriften über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen bleiben unberührt.

Artikel 2

Räumlicher Geltungsbereich des Vertrags

(1) Der Vertrag gilt für das gesamte Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Der Vertrag gilt für das gesamte europäische Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande.

Artikel 3

Bestimmung der zuständigen Stellen

(1) Dieser Vertrag wird auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland durch diejenigen auf Bundesebene zuständigen Stellen in den Geschäftsbereichen des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und auf Seiten des Königreichs der Niederlande durch diejenigen Stellen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales und Arbeit der Niederlande durchgeführt, in deren Zuständigkeit die in Artikel 1 Absatz 1 beschriebenen Aufgaben fallen.

(2) Das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium für Soziales und Arbeit der Niederlande benennen zentrale Stellen, die für die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Vertrags hauptverantwortlich zuständig sind.

Artikel 4

Ebenen der Zusammenarbeit

- (1) Die Zusammenarbeit erfolgt jeweils auf Ebene
1. des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales der Bundesrepublik

heidsstelsels, en in Richtlijn 96/71/EG van het Europees Parlement en de Raad van 16 december 1996 betreffende de terbeschikkingstelling van werknemers met het oog op het verrichten van diensten (met inbegrip van controle op relevante arbeidsvoorwaarden en -omstandigheden);

Gelet op Richtlijn 95/46/EG van het Europees Parlement en de Raad van 24 oktober 1995 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens;

Van mening dat het voor de implementatie van voornoemde bepalingen van belang is de grensoverschrijdende samenwerking te intensiveren en daartoe de bevoegde instanties, niveaus en samenwerkingsvormen te benoemen;

Zich ervan bewust dat er verschillende nationale benaderingen en begripsomschrijvingen ten behoeve van de bestrijding van fraude met socialezekerheidsuitkeringen en -premies door arbeid en met basisuitkeringen ten gunste van werkzoekenden alsmede niet-aangemelde werkzaamheden en met illegaal grensoverschrijdend uitzendwerk bestaan –

Zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

Doelstelling van het verdrag

(1) De Verdragsluitende Partijen streven naar intensivering van de samenwerking tussen hun instanties bij de bestrijding van fraude met socialezekerheidsuitkeringen en -premies door arbeid en met basisuitkeringen ten gunste van werkzoekenden alsmede niet-aangemelde werkzaamheden en met illegaal grensoverschrijdend uitzendwerk.

(2) De voorschriften inzake de internationale rechtshulp in strafzaken blijven onverlet.

Artikel 2

Territoriaal toepassingsgebied van het verdrag

(1) Het verdrag is van toepassing op het gehele grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland.

(2) Het verdrag is van toepassing op het gehele Europese grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden.

Artikel 3

Aanwijzing van de bevoegde instanties

(1) Dit verdrag valt wat de Bondsrepubliek Duitsland betreft onder de verantwoordelijkheid van de op federaal niveau verantwoordelijke instanties die ressorteren onder het Bondsministerie van Financiën en het Bondsministerie voor Arbeid en Sociale Zaken en wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft onder de verantwoordelijkheid van de instanties die ressorteren onder het ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid van Nederland en belast zijn met de in artikel 1, eerste lid, omschreven taken.

(2) Het Bondsministerie van Financiën en het Bondsministerie van Arbeid en Sociale Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland en het ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid van Nederland wijzen centrale instanties aan die als hoofdverantwoordelijke met de samenwerking in het kader van dit verdrag belast zullen zijn.

Artikel 4

Niveaus van samenwerking

- (1) Samenwerking geschiedt respectievelijk op het niveau
1. van het Bondsministerie van Financiën en het Bondsministerie van Arbeid en Sociale Zaken van de Bondsrepubliek

Deutschland und des Ministeriums für Soziales und Arbeit der Niederlande sowie

2. der nach Artikel 3 Absatz 2 benannten Stellen.

(2) Die für die in Artikel 1 genannten Aufgabengebiete zuständigen Prüf- und Kontrollbehörden können unmittelbar zusammenarbeiten, soweit die in Absatz 1 genannten Stellen dies vorsehen.

Artikel 5

Formen der Zusammenarbeit

(1) Das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium für Soziales und Arbeit der Niederlande unterrichten einander unmittelbar über wesentliche Änderungen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die im Anwendungsbereich dieses Vertrags erfolgen.

(2) Die Stellen nach Artikel 3 Absatz 2 unterstützen sich gegenseitig nach Maßgabe der jeweils geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften, insbesondere durch

1. den Informationsaustausch über Aufbau und Aufgaben der Prüf- und Kontrollbehörden und die Benennung der zuständigen Ansprechpartner;
2. die gemeinsame Planung und Durchführung von Kontrollaktivitäten im jeweiligen Zuständigkeitsbereich;
3. den Informationsaustausch über Prüf- und Arbeitsmethoden;
4. die Übermittlung von zur ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten auf Ersuchen im Wege der Amtshilfe und Übersendung von Dokumenten;
5. die unaufgeforderte Übermittlung von Mitteilungen (Spontanmitteilungen);
6. die Unterrichtung über den Fortgang eines Verfahrens, soweit dies erbeten wird sowie
7. den Austausch von Bediensteten als Hospitanten.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend im Falle einer direkten Zusammenarbeit der Prüf- und Kontrollbehörden gemäß Artikel 4 Absatz 2.

Artikel 6

Ersuchen und Spontanmitteilungen

(1) Ersuchen und Spontanmitteilungen nach Artikel 5 Absatz 2 Nummern 4 und 5 müssen mindestens die folgenden Angaben enthalten:

1. Angaben zu in Rede stehenden Firmen oder Personen und
2. eine kurze, verständliche Darstellung des Sachverhalts.

Ersuchen müssen zusätzlich die ersuchende Stelle, den Gegenstand und Grund des Ersuchens sowie die Informationen oder Handlungen benennen, um deren Übermittlung oder Durchführung ersucht wird.

(2) Die ersuchte Stelle kann weitere, für die Bearbeitung erforderliche Informationen anfordern.

(3) Ersuchen und Spontanmitteilungen können formlos schriftlich, fernschriftlich oder elektronisch übermittelt werden.

(4) Die Bearbeitung eines Ersuchens oder die Spontanmitteilung unterbleibt, wenn hierdurch ein nicht vertretbarer Verwaltungsaufwand verursacht wird oder innerstaatliche Vorschriften beziehungsweise die Verwaltungspraxis der Bearbeitung entgegenstehen. Die ersuchende Stelle ist unter Benennung der Gründe zu informieren, wenn ein Ersuchen nicht bearbeitet werden kann.

Duitsland en het ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid van Nederland; alsmede

2. van de overeenkomstig artikel 3, tweede lid, aangewezen instanties.

(2) De voor de in artikel 1 genoemde taken bevoegde controlerende en toezichthoudende autoriteiten kunnen rechtstreeks met elkaar samenwerken voor zover dat door de in het eerste lid genoemde instanties is voorzien.

Artikel 5

Vormen van samenwerking

(1) Het Bondsministerie van Financiën en het Bondsministerie van Arbeid en Sociale Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland en het ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid van Nederland stellen elkaar onverwijld in kennis van wezenlijke wijzigingen van de wet- en regelgeving op het terrein van dit verdrag.

(2) De instanties genoemd in artikel 3, tweede lid, ondersteunen elkaar in overeenstemming met het desbetreffende geldende nationale recht, in het bijzonder door

1. het uitwisselen van informatie over de instelling en taken van de controlerende en toezichthoudende autoriteiten en de benoeming van bevoegde contactpersonen;
2. het gezamenlijk plannen en uitvoeren van controleactiviteiten op het desbetreffende terrein;
3. het uitwisselen van informatie over controlemethoden en werkwijzen;
4. het verstrekken van de informatie die nodig is voor het correct vervullen van de taken, met inbegrip van persoonsgegevens, op verzoek via wederzijdse bijstand en toezending van documenten;
5. het eigener beweging doen van mededelingen (spontane mededelingen);
6. het verstrekken van informatie over de voortgang van een procedure, indien daarom verzocht wordt; alsmede
7. het uitwisselen van medewerkers als stagiair(e)s.

(3) Het tweede lid is dienovereenkomstig van toepassing op rechtstreekse samenwerking tussen de controlerende en toezichthoudende autoriteiten overeenkomstig artikel 4, tweede lid.

Artikel 6

Verzoeken en spontane mededelingen

(1) Verzoeken en spontane mededelingen overeenkomstig artikel 5, tweede lid, onderdelen 4 en 5, dienen ten minste de volgende gegevens te bevatten:

1. gegevens met betrekking tot de desbetreffende ondernemingen of personen; en
2. een korte, duidelijke beschrijving van de feiten.

In de verzoeken dienen voorts de verzoekende instantie, het onderwerp en de reden voor het verzoek alsmede de informatie of handelingen te worden genoemd waarom verzocht wordt.

(2) De aangezochte instantie kan verzoeken om nadere informatie voor de behandeling noodzakelijke informatie.

(3) Verzoeken en spontane mededelingen kunnen zonder formaliteiten schriftelijk, via schriftelijke telecommunicatie of elektronisch worden gedaan.

(4) Een verzoek of een spontane mededeling wordt niet in behandeling genomen wanneer dit zou leiden tot een onaantvaardbare grote administratieve belasting of in strijd zou zijn met nationale voorschriften respectievelijk de administratieve praktijk. De verzoekende instantie dient te worden geïnformeerd wanneer een verzoek niet in behandeling kan worden genomen, hetgeen met redenen wordt omkleed.

(5) Bei Weiterleitung an eine andere Stelle ist die ersuchende Stelle zu unterrichten.

(6) Einem Ersuchen muss nur insoweit entsprochen werden, als die ersuchte Stelle Zugang zu den betreffenden Informationen hat oder nach innerstaatlichem Recht Zugang zu diesen erhalten kann.

Artikel 7

Kosten

Jeder Vertragsstaat trägt die für seine Stellen aus der Anwendung dieses Vertrags entstehenden Kosten.

Artikel 8

Datenschutz

(1) Soweit aufgrund dieses Vertrags personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften.

1. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Vertrag bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgesehenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der Betroffenen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
5. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsfristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
7. Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(5) De verzoekende instantie dient te worden geïnformeerd wanneer een verzoek aan een andere instantie wordt doorgeleid.

(6) Aan een verzoek dient slechts te worden voldaan voor zover de aangezochte instantie tot de desbetreffende informatie toegang heeft of er conform het nationale recht toegang toe kan krijgen.

Artikel 7

Kosten

Elke Verdragsluitende Partij draagt de door haar instanties voor de toepassing van dit verdrag gemaakte kosten.

Artikel 8

Gegevensbescherming

(1) Indien uit hoofde van dit verdrag persoonsgegevens worden verstrekt, gelden de volgende bepalingen met inachtneming van het voor elke Verdragsluitende Partij geldende nationale recht:

1. De ontvangende instantie stelt de verstreckende instantie op verzoek in kennis van het gebruik van de verstrekte gegevens en de ermee bereikte resultaten.
2. Het gebruik van de gegevens door de ontvangende instantie is slechts toegestaan voor de in dit verdrag genoemde doelstellingen en onder de door de verstreckende instantie vastgestelde voorwaarden. Het gebruik ervan is voorts toegestaan ter voorkoming en vervolging van ernstige strafbare feiten alsmede ter afwending van aanzienlijke gevaren voor de openbare veiligheid.
3. De verstreckende instantie is verplicht erop toe te zien dat de te verstrekken gegevens juist zijn en dat de verstrekking ervan noodzakelijk is en in verhouding staat tot het ermee beoogde doel. Hierbij dienen de naar het desbetreffende nationale recht geldende bepalingen inhoudende een verbod op de verstrekking van de gegevens in acht te worden genomen. De verstrekking van de gegevens blijft achterwege indien de verstreckende instantie reden heeft aan te nemen dat zulks in strijd zou zijn met het doel van een nationale wet of afbreuk zou doen aan voor bescherming vatbare belangen van de betrokken personen. Indien blijkt dat er onjuiste gegevens of gegevens zijn verstrekt die niet hadden mogen worden verstrekt, dient de ontvangende instantie hiervan onverwijld in kennis te worden gesteld. De ontvangende instantie is verplicht de gegevens onverwijld te corrigeren of te vernietigen.
4. De betrokkene dient op verzoek te worden ingelicht over de ten aanzien van zijn persoon verstrekte gegevens alsmede over het hiermee beoogde gebruiksdoel. Er is geen verplichting tot het verstrekken van inlichtingen wanneer na afweging blijkt dat het openbaar belang bij het niet-verstrekken van inlichtingen zwaarder weegt dan het belang van de betrokkene bij het verstrekken ervan. Voor het overige wordt het recht van de betrokkene te worden ingelicht over over hem aanwezige persoonsgegevens bepaald door het nationale recht van de Verdragsluitende Partij op het grondgebied waarvan om inlichtingen wordt verzocht.
5. Indien het voor de verstreckende instantie geldende nationale recht inzake de verstrekte persoonsgegevens voorziet in bijzondere termijnen voor vernietiging, stelt de verstreckende instantie de ontvangende instantie daarvan in kennis. De verstrekte persoonsgegevens dienen ongeacht deze termijnen te worden vernietigd zodra ze niet meer nodig zijn voor het doel waarvoor ze zijn verstrekt;
6. De verstreckende en ontvangende instantie zijn verplicht de verstrekking en ontvangst van persoonsgegevens te registreren.
7. De verstreckende en ontvangende instantie zijn verplicht de verstrekte persoonsgegevens effectief tegen onbevoegde toegang, onbevoegde wijziging en onbevoegde openbaarmaking te beschermen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

Artikel 9

Gemischte Kommission

(1) Eine gemischte Kommission, die sich aus Vertretern des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales der Bundesrepublik Deutschland und des Ministeriums für Soziales und Arbeit der Niederlande sowie der in Artikel 3 genannten Stellen zusammensetzt, tritt erstmals 12 Monate nach Inkrafttreten dieses Vertrags und anschließend auf Wunsch der Vertragsstaaten, mindestens jedoch alle zwei Jahre zusammen. Ziel ist es, die aufgrund dieses Vertrags erzielten Ergebnisse zu bewerten und alle Fragen der Auslegung oder der Anwendung des Vertrags zu behandeln.

(2) Die gemischte Kommission kann Vertreter anderer nationaler Stellen sowie solche anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die an der Erreichung der Ziele des Vertrags interessiert sind, einladen, an ihren Arbeiten teilzunehmen.

Artikel 10

Änderung des Vertrags und Anlagen

(1) Dieser Vertrag kann im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsstaaten jederzeit durch gesonderte Vereinbarung geändert werden.

(2) Die Vertragsstaaten können durch gesonderte Vereinbarung dem Vertrag Anlagen beifügen und die Anlagen des Vertrags ändern. Die Anlagen sind Bestandteil des Vertrags.

(3) Das Bundesministerium der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium für Soziales und Arbeit der Niederlande verpflichten sich, eine Aufstellung der Adressen und Telefonnummern der für die Umsetzung des Vertrages zuständigen Stellen und der zentralen Stellen nach Artikel 3 Absatz 1 und 2 und eine Darstellung von deren Zuständigkeits- und Aufgabenbereichen innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags auszutauschen und diese Daten regelmäßig zu aktualisieren.

Artikel 11

Durchführung des Vertrags

Das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium für Soziales und Arbeit der Niederlande verpflichten sich, binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags die Durchführung des Vertrags durch ein Rundschreiben für ihren Geschäftsbereich zu regeln.

Artikel 12

Registrierung des Vertrags

Die Registrierung dieses Vertrags beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten durch das Königreich der Niederlande veranlasst.

Artikel 13

Inkrafttreten des Vertrags

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Austausch der Ratifikationsurkunden folgt.

(2) De bepalingen van het eerste lid gelden dienovereenkomstig voor bedrijfs- en handelsgeheimen.

Artikel 9

Gemengde commissie

(1) Een gemengde commissie bestaande uit vertegenwoordigers van het Bondsministerie van Financiën en het Bondsministerie van Arbeid en Sociale Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland en van het ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid van Nederland alsmede van de in artikel 3 genoemde instanties komt twaalf maanden na de inwerkingtreding van dit verdrag voor de eerste maal en vervolgens op verzoek van de Verdragsluitende Partijen ten minste om de twee jaar bijeen. Doel is de op grond van dit verdrag bereikte resultaten te evalueren en alle kwesties omtrent de uitlegging of toepassing van het verdrag te behandelen.

(2) De gemengde commissie kan vertegenwoordigers van andere nationale instanties en van andere lidstaten van de Europese Unie die belang hebben bij het verwezenlijken van de doelstellingen van het verdrag uitnodigen deel te nemen aan haar werkzaamheden.

Artikel 10

Wijziging van het verdrag en bijlagen

(1) Dit verdrag kan met wederzijds goedvinden van de Verdragsluitende Partijen te allen tijde bij een afzonderlijke overeenkomst gewijzigd worden.

(2) De Verdragsluitende Partijen kunnen bij een afzonderlijke overeenkomst bijlagen toevoegen aan het verdrag en de bijlagen van het verdrag wijzigen. De bijlagen maken onderdeel uit van het verdrag.

(3) Het Bondsministerie van Financiën van de Bondsrepubliek Duitsland en het ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid van Nederland verplichten zich binnen drie maanden na de inwerkingtreding van dit verdrag een lijst met adressen en telefoonnummers van de in het kader van dit verdrag belaste centrale instanties, bedoeld in artikel 3, eerste en tweede lid, uit te wisselen, alsmede een beschrijving van hun taken, verantwoordelijkheden en bevoegdheden, en deze gegevens regelmatig te actualiseren.

Artikel 11

Toepassing van het verdrag

Het Bondsministerie van Financiën en het Bondsministerie van Arbeid en Sociale Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland en het ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid van Nederland verplichten zich binnen zes maanden na de inwerkingtreding van dit verdrag de uitvoering van het verdrag middels een circulaire voor hun werkerrein te regelen.

Artikel 12

Registratie van het verdrag

Dit verdrag wordt door het Koninkrijk der Nederlanden onmiddellijk na de inwerkingtreding geregistreerd bij het Secretariaat van de Verenigde Naties overeenkomstig artikel 102 van het Handvest van de Verenigde Naties.

Artikel 13

Inwerkingtreding van het verdrag

(1) Dit verdrag dient te worden bekrachtigd; de akten van bekrachtiging worden zo spoedig mogelijk uitgewisseld.

(2) Dit verdrag treedt in werking op de eerste dag van de maand volgend op een termijn van drie maanden na de uitwisseling van de akten van bekrachtiging.

Artikel 14

Kündigung des Vertrags

Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragsstaat durch eine schriftliche Notifikation an den anderen Vertragsstaat gekündigt werden. Diese Kündigung wird drei Monate nach Eingang der Notifikation bei dem anderen Vertragsstaat wirksam.

Geschehen zu Den Haag am 12. Januar 2012 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artikel 14

Opzegging van het verdrag

Dit verdrag wordt voor onbepaalde duur gesloten. Het kan door elk van de Verdragsluitende Partijen bij schriftelijke kennisgeving aan de andere Verdragsluitende Partij worden opgezegd. De opzegging wordt drie maanden na ontvangst van de kennisgeving door de andere Verdragsluitende Partij van kracht.

Gedaan te Den Haag, 12 januari 2012, in tweevoud, in de Duitse en Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland

Heinz-Peter Behr

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden

Kamp

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht**

Vom 15. Februar 2013

I.

Das in Den Haag am 2. Oktober 1973 unterzeichnete Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht (BGBl. 1986 II S. 825, 837) ist nach seinem Artikel 25 Absatz 2 für

Albanien	am 1. November 2011
Niederlande*, karibischer Teil (Bonaire, Saba, St. Eustatius)	am 10. Oktober 2010
Curaçao	am 10. Oktober 2010
St. Martin (niederländischer Teil)	am 10. Oktober 2010

in Kraft getreten.

II.

Die Niederlande haben mit Erklärung vom 25. Juli 2012 den am 12. Dezember 1980 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen Vorbehalt (vgl. die Bekanntmachung vom 26. März 1987, BGBl. II S. 225) auch für Curaçao, St. Martin (niederländischer Teil) und den karibischen Teil der Niederlande (Bonaire, Saba, St. Eustatius) bestätigt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. November 2003 (BGBl. II S. 2169).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht unter <http://www.hcch.net> einsehbar.

Berlin, den 15. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen
auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern**

Vom 15. Februar 2013

Zum Übereinkommen vom 15. April 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern (BGBl. 1961 II S. 1005, 1006) haben die **Niederlande** mitgeteilt, dass das Übereinkommen nach der Änderung der verfassungsrechtlichen Struktur der Niederlande zum 10. Oktober 2010 (vgl. die Bekanntmachung vom 29. August 2012, BGBl. II S. 1027) für

Niederlande*, karibischer Teil (Bonaire, Saba, St. Eustatius)	am 10. Oktober 2010
Curaçao	am 10. Oktober 2010
St. Martin (niederländischer Teil)	am 10. Oktober 2010

in Kraft getreten ist.

Die **Niederlande*** haben am 25. Juli 2012 eine ergänzende Erklärung zu diesem Übereinkommen abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. September 1995 (BGBl. II S. 909).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht unter <http://www.hcch.net> einsehbar.

Berlin, den 15. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen
sowie zum Zusatzprotokoll hierzu**

Vom 18. Februar 2013

Zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1964 II S. 1369, 1386) sowie zum Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 (BGBl. 1990 II S. 124, 125) zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen hat Spanien mit Erklärung vom 17. Dezember 2012, eingegangen beim Verwahrer am 19. Dezember 2012, seine am 9. Juni 2011 abgegebene Erklärung zu Artikel 24 (vgl. die Bekanntmachung vom 3. August 2011, BGBl. II S. 836) folgendermaßen geändert:

(Übersetzung)

„S’agissant de la Convention européenne d’entraide judiciaire en matière pénale, l’Espagne tient à remplacer les termes «Registrars» de la version anglaise et «Greffiers» de la version française par ceux de «Secretarios Judiciales» dans le texte de la déclaration faite par l’Espagne au titre de l’article 24. Cette modification s’applique également au Protocole additionnel à la Convention européenne d’entraide judiciaire en matière pénale, fait à Strasbourg, le 17 mars 1978.

Cette modification est faite sur la base des indications du Ministère de la Justice car le terme anglais «Registrars» et le terme français «Greffiers» n’équivalent pas exactement aux fonctions exercées par les «Secretarios Judiciales» qui existent dans le système juridique espagnol.

Ainsi, tout comme les termes propres aux droits internes nationaux (tels que «Rechtspfleger» et «Greffier») s’emploient toujours dans leurs propres langues, eu égard à leur singularité, selon le Ministère de la Justice, le terme «Secretarios Judiciales» doit être employé, sans être traduit, dans le texte de la déclaration prévue à l’article 24 de ladite Convention.»

„Im Zusammenhang mit dem Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen möchte Spanien im Wortlaut der Erklärung, die es nach Artikel 24 abgegeben hat, die Begriffe ‚Registrars‘ in der englischen Fassung und ‚Greffiers‘ in der französischen Fassung durch den Begriff ‚Secretarios Judiciales‘ ersetzen. Diese Änderung gilt auch in Bezug auf das am 17. März 1978 in Straßburg beschlossene Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen.

Diese Änderung wird aufgrund von Hinweisen des Ministeriums der Justiz deshalb vorgenommen, weil der englische Begriff ‚Registrars‘ und der französische Begriff ‚Greffiers‘ die Funktionen, welche die ‚Secretarios Judiciales‘ im spanischen Justizwesen ausüben, nicht genau wiedergeben.

Weil spezifische Begriffe nationaler Rechtsordnungen (wie ‚Rechtspfleger‘ und ‚Greffier‘) wegen ihrer Besonderheit stets in der Originalsprache verwendet werden, muss daher dem Ministerium der Justiz zufolge auch der Begriff ‚Secretarios Judiciales‘ im Wortlaut der Erklärung nach Artikel 24 des Übereinkommens unübersetzt verwendet werden.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 20. November 2012 (BGBl. II S. 1558) sowie vom 3. Juli 2012 (BGBl. II S. 919).

Berlin, den 18. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
der deutsch-tschadischen Vereinbarung
über Technische Zusammenarbeit**

Vom 19. Februar 2013

Die am 23. Mai 2011/1. September 2011 unterzeichnete Ergänzungsvereinbarung in Form eines Notenwechsels zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tschad über die Anwendbarkeit des Rahmenabkommens vom 21. Mai 1970 über die Entsendung von Entwicklungshelfern des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) (nicht veröffentlicht) auf die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 1. September 2011

in Kraft getreten; die einleitende deutsche Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 19. Februar 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Charlotta Heck

Ambassade
de la République fédérale d'Allemagne
N'Djamena

N'Djamena, den 23. Mai 2011

Excellenz,

ich beehre mich, Sie im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland davon in Kenntnis zu setzen, dass mit Wirkung vom 1. Januar 2011 der Deutsche Entwicklungsdienst gGmbH (DED) sowie die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ) fusioniert wurden. Die GTZ hat die anderen beiden Gesellschaften aufgenommen und ist somit Rechtsnachfolgerin von DED und in InWEnt. Sie setzt deren bisherige Tätigkeiten fort. Die GTZ wurde außerdem in Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) umbenannt.

Auf dieser Grundlage schlage ich Ihnen unter Bezugnahme auf das Rahmenabkommen vom 21. Mai 1970 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tschad über die Entsendung von Entwicklungshelfern des DED (im Folgenden Abkommen genannt) sowie des Zusatzabkommens vom 5. Januar 1972 (im Folgenden Zusatzabkommen genannt) folgende Ergänzungsvereinbarung vor:

1. Sämtliche in dem Abkommen vom 21. Mai 1970 sowie in dem Zusatzabkommen vom 5. Januar 1972 in Bezug auf den DED genannten Regelungen gelten für die GIZ als Rechtsnachfolgerin des DED.
2. Die Registrierung dieser Ergänzungsvereinbarung beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach ihrem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die Regierung der Republik Tschad wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.
3. Diese Ergänzungsvereinbarung wird in deutscher und französischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Tschad mit den unter den Nummern 1 bis 3 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Euer Excellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Excellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Claus Auer

Seiner Excellenz
dem Minister des Auswärtigen
Herrn Moussa Faki Mahamat
N'Djaména

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Übereinkommens des Europarats
zur Bekämpfung des Menschenhandels**

Vom 21. Februar 2013

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 12. Oktober 2012 zu dem Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Bekämpfung des Menschenhandels (BGBl. 2012 II S. 1107, 1108) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 42 Absatz 4 für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. April 2013
in Kraft treten wird.

Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 19. Dezember 2012 beim Generalsekretariat des Europarats in Straßburg hinterlegt worden. Bei dieser Gelegenheit hat die Bundesrepublik Deutschland die folgende Erklärung abgegeben:

„Die Bundesrepublik Deutschland behält sich das Recht vor, die in Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe d des Übereinkommens enthaltene Vorschrift zur Gerichtsbarkeit auf Straftaten nach Artikel 20 des Übereinkommens – soweit diese nach den strafrechtlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland nicht gleichzeitig die Voraussetzungen einer Teilnahme an einer Straftat nach Artikel 4 in Verbindung mit Artikel 18 des Übereinkommens erfüllen – nur in den Fällen anzuwenden, in denen der Täter im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland angetroffen und nicht ausgeliefert wird.“

Weiter ist das Übereinkommen des Europarats nach seinem Artikel 42 Absatz 3 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am 1. Februar 2008
Bulgarien	am 1. Februar 2008
Dänemark* 1 2	am 1. Februar 2008
Georgien* 2	am 1. Februar 2008
Kroatien	am 1. Februar 2008
Moldau, Republik* 2	am 1. Februar 2008
Österreich	am 1. Februar 2008
Rumänien	am 1. Februar 2008
Slowakei	am 1. Februar 2008
Zypern	am 1. Februar 2008.

Weiter ist das Übereinkommen des Europarats nach seinem Artikel 42 Absatz 4 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Andorra	am 1. Juli 2011
Armenien	am 1. August 2008
Aserbaidschan* 2	am 1. Oktober 2010
Belgien	am 1. August 2009
Bosnien und Herzegowina	am 1. Mai 2008
Finnland* 1	am 1. September 2012
Frankreich* 1	am 1. Mai 2008
Irland	am 1. November 2010
Island	am 1. Juni 2012
Italien	am 1. März 2011
Lettland* 1	am 1. Juli 2008
Litauen	am 1. November 2012

Luxemburg	am	1. August 2009
Malta* 1	am	1. Mai 2008
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik* 1	am	1. September 2009
Montenegro	am	1. November 2008
Niederlande* 3	am	1. August 2010
Norwegen	am	1. Mai 2008
Polen* 4	am	1. März 2009
Portugal* 1	am	1. Juni 2008
San Marino	am	1. März 2011
Schweden* 1	am	1. September 2010
Serbien	am	1. August 2009
Slowenien* 1	am	1. Januar 2010
Spanien* 2	am	1. August 2009
Ukraine	am	1. März 2011
Vereinigtes Königreich* 1	am	1. April 2009.

Ferner wird das Übereinkommen nach seinem Artikel 42 Absatz 4 für die Schweiz* 1 am 1. April 2013 in Kraft treten.

¹ nach Maßgabe eines Vorbehalts nach Artikel 31 des Übereinkommens

² nach Maßgabe einer Erklärung zur territorialen Anwendbarkeit

³ nach Maßgabe einer Erklärung zu Artikel 44 des Übereinkommens

⁴ nach Maßgabe eines Vorbehalts nach Artikel 31 und einer Erklärung zu Artikel 25 des Übereinkommens

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar.

Berlin, den 21. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens
zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften
über die Vollstreckung ausländischer strafrechtlicher Verurteilungen**

Vom 26. Februar 2013

Zum Übereinkommen vom 13. November 1991 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Vollstreckung ausländischer strafrechtlicher Verurteilungen, das für Deutschland seit dem 9. Dezember 1997 im Verhältnis zu den Niederlanden (für den europäischen Teil, vgl. die Bekanntmachung vom 30. März 1998, BGBl. II S. 896), seit dem 26. Juni 2004 im Verhältnis zu Lettland (vgl. die Bekanntmachung vom 20. Januar 2005, BGBl. II S. 172) sowie seit dem 16. Mai 2005 im Verhältnis zu den Niederlanden (für die Niederländischen Antillen und Aruba, vgl. die Bekanntmachung vom 8. August 2007, BGBl. II S. 1427) vorläufig Anwendung findet, haben die **Niederlande** mitgeteilt, dass das Übereinkommen nach der Änderung der verfassungsrechtlichen Struktur der Niederlande zum 10. Oktober 2010 (vgl. die Bekanntmachung vom 29. August 2012, BGBl. II S. 1027) für die

Niederlande, karibischer Teil (Bonaire, Saba, St. Eustatius)	seit dem 10. Oktober 2010
Curaçao	seit dem 10. Oktober 2010
St. Martin (niederländischer Teil)	seit dem 10. Oktober 2010

vorläufig anwendbar ist.

Die **Niederlande** haben am 25. Juli 2012 folgende ergänzende Erklärung zu dem Übereinkommen abgegeben:

(Übersetzung)

„In accordance with Article 18 of the Convention, the Kingdom of the Netherlands (Curaçao, Sint Maarten, the Caribbean part of the Netherlands (the islands of Bonaire, Sint Eustatius and Saba) and Aruba) reserves the right to require that the relevant documents referred to in Article 7 of the Convention be translated into Dutch.

In accordance with Article 21, paragraph 3, of the Convention, the Convention is declared applicable in relations between the Kingdom of the Netherlands (Curaçao, Sint Maarten, the Caribbean part of the Netherlands (the islands of Bonaire, Sint Eustatius and Saba) and Aruba) and those Member States which have made a similar declaration.“

„Im Einklang mit Artikel 18 des Übereinkommens behält sich das Königreich der Niederlande (Curaçao, St. Martin, der karibische Teil der Niederlande (die Inseln Bonaire, St. Eustatius und Saba) und Aruba) das Recht vor zu verlangen, dass die in Artikel 7 des Übereinkommens genannten einschlägigen Unterlagen ins Niederländische übersetzt werden.

Im Einklang mit Artikel 21 Absatz 3 des Übereinkommens wird das Übereinkommen auf die Beziehungen zwischen dem Königreich der Niederlande (Curaçao, St. Martin, der karibische Teil der Niederlande (die Inseln Bonaire, St. Eustatius und Saba) und Aruba) und den Mitgliedstaaten, die eine ähnliche Erklärung abgegeben haben, für anwendbar erklärt.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 8. August 2007 (BGBl. II S. 1427).

Berlin, den 26. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Protokolls von 1997
zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1973
zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe
und der dazugehörigen Verordnung**

Vom 27. Februar 2013

Nach Artikel 5 der Verordnung vom 26. Februar 2003 über Änderungen des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und des Protokolls von 1978 zu diesem Übereinkommen (8. MARPOL-ÄndV – BGBl. 2003 II S. 130, 132) wird bekannt gemacht, dass das Protokoll von 1997 vom 26. September 1997 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1973 vom 2. November 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der durch das Protokoll von 1978 vom 17. Februar 1978 geänderten Fassung nach seinem Artikel 6 Absatz 1 für die

Bundesrepublik Deutschland am 19. Mai 2005

in Kraft getreten ist. Nach ihrem Artikel 5 ist auch die Verordnung vom 26. Februar 2003 am 19. Mai 2005 in Kraft getreten.

Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 17. Juni 2003 beim Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation als Verwahrer in London hinterlegt worden.

Ferner ist das Protokoll nach seinem Artikel 6 Absatz 1 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Aserbaidschan	am	19. Mai 2005
Bahamas	am	19. Mai 2005
Bangladesch	am	19. Mai 2005
Barbados	am	19. Mai 2005
Bulgarien	am	19. Mai 2005
Dänemark (nicht für Färöer und Grönland)	am	19. Mai 2005
Griechenland	am	19. Mai 2005
Japan	am	19. Mai 2005
Liberia	am	19. Mai 2005
Marshallinseln	am	19. Mai 2005
Norwegen	am	19. Mai 2005
Panama	am	19. Mai 2005
Samoa	am	19. Mai 2005
Schweden	am	19. Mai 2005
Singapur	am	19. Mai 2005
Spanien	am	19. Mai 2005
Vanuatu	am	19. Mai 2005
Vereinigtes Königreich	am	19. Mai 2005
Zypern	am	19. Mai 2005.

Darüber hinaus ist das Protokoll nach seinem Artikel 6 Absatz 2 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Antigua und Barbuda am 10. Oktober 2007

Australien	am 7. November 2007
Belgien	am 27. Mai 2006
Belize	am 14. September 2007
Benin	am 18. April 2007
Brasilien	am 23. Mai 2010
Chile	am 16. Januar 2007
China	am 23. August 2006
Hongkong	am 20. März 2008
Macau	am 23. Mai 2006
Cookinseln	am 12. Juni 2007
Estland	am 18. Oktober 2005
Finnland	am 30. Juni 2005
Frankreich	am 15. Oktober 2005
Ghana	am 1. Januar 2011
Indien	am 23. Februar 2012
Iran, Islamische Republik	am 29. August 2009
Irland	am 30. September 2009
Italien	am 22. August 2006
Jamaika	am 29. August 2008
Kanada	am 26. Juni 2010
Kenia	am 14. April 2008
Kiribati	am 5. Mai 2007
Korea, Republik	am 20. Juli 2006
Kroatien	am 4. August 2005
Kuwait	am 7. November 2007
Lettland	am 19. September 2006
Litauen	am 13. Dezember 2005
Luxemburg	am 21. Februar 2006
Malaysia	am 27. Dezember 2010
Malta	am 30. Juni 2011
Marokko	am 3. August 2011
Mongolei	am 19. Dezember 2007
Niederlande, europäischer Teil	am 2. Januar 2007
Niederlande, karibischer Teil (Bonaire, Saba, St. Eustatius)	am 10. Oktober 2010
Niue	am 27. September 2012
Palau	am 29. Dezember 2011
Polen	am 29. Juli 2005
Portugal	am 22. August 2008
Rumänien	am 20. Juli 2006
Russische Föderation	am 8. Juli 2011
Saudi-Arabien	am 23. August 2005
Serbien	am 8. Oktober 2010
Sierra Leone	am 10. Juni 2008
St. Kitts und Nevis	am 2. Juni 2005
St. Vincent und die Grenadinen	am 26. Februar 2009
Syrien	am 26. November 2008
Trinidad und Tobago	am 7. September 2012

Tunesien	am	5. Dezember 2011
Tuvalu	am	2. März 2006
Vereinigtes Königreich, Gibraltar	am	8. Juni 2011
Insel Man	am	5. April 2012.

Berlin, den 27. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere
und ihrer natürlichen Lebensräume**

Vom 27. Februar 2013

Das Übereinkommen vom 19. September 1979 über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (BGBl. 1984 II S. 618, 620; 1998 II S. 2654, 2655) wird nach seinem Artikel 19 Absatz 3 für

Belarus* am 1. Juni 2013
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 19. Februar 2013 abgegebenen Erklärung zu Artikel 22 Absatz 1 des Übereinkommens

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 1. März 2010 (BGBl. II S. 246).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter <http://conventions.coe.int> einsehbar.

Berlin, den 27. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
des deutsch-mauretanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 28. Februar 2013

Das in Nouakchott am 15. Juli 2012 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Finanzielle Zusammenarbeit 2011 ist nach seinem Artikel 6

am 15. Juli 2012

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 28. Februar 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Michael Fiebig

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Finanzielle Zusammenarbeit 2011

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Mauretanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Islamischen Republik Mauretanien beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Nummer 208/2011 vom 19. Dezember 2011 und die Verbalnote der Islamischen Republik Mauretanien Nr. 000025 DGPP/MAED vom 03. April 2012 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu 3 Millionen Euro für das Vorhaben „Programm Schutz der Biodiversität in Küstengebieten“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern des Finanzierungsbeitrages zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2019.

(3) Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Verträge in der Islamischen Republik Mauretanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Der im Abkommen vom 24. Januar 2011 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Finanzielle Zusammenarbeit 2006/2009 für das Vorhaben „KV-Management der natürlichen Ressourcen in Guidimakha“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag wird mit einem Betrag von 4 Millionen Euro reprogrammiert

und für das Vorhaben „Programm Schutz der Biodiversität in Küstengebieten“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Der im Abkommen vom 4. Oktober 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Finanzielle Zusammenarbeit 2004 für das Vorhaben „Dezentralisierung und Kommunalentwicklung III“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag wird mit

einem Betrag von 347 949,46 Euro reprogrammiert und für das Vorhaben „Fischereiüberwachung V“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Nouakchott am 15. Juli 2012 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Dietmar Blaas

Für die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien

Sidi Ould Tah

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 3. Juni 1999

Vom 1. März 2013

Das Übereinkommen vom 9. Mai 1980 über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) in der durch das Protokoll vom 3. Juni 1999 geänderten Fassung (BGBl. 1985 II S. 130, 132; 2010 II S. 1246, 1247) ist nach seinem Artikel 37 § 3 für

Marokko am 28. April 2011
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. Juli 2010 (BGBl. II S. 864).

Berlin, den 1. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen
zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau**

Vom 1. März 2013

Das Fakultativprotokoll vom 6. Oktober 1999 zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (BGBl. 2001 II S. 1237, 1238) ist nach seinem Artikel 16 Absatz 2 für

Angola am 1. Februar 2008

Griechenland am 24. April 2002

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 6. Februar 2012 (BGBl. II S. 191).

Berlin, den 1. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens von 1978
über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen
und den Wachdienst von Seeleuten**

Vom 1. März 2013

Das Internationale Übereinkommen von 1978 vom 7. Juli 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten (BGBl. 1982 II S. 297, 298) ist nach seinem Artikel XIV Absatz 4 für

El Salvador am 1. März 2013

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. März 2012 (BGBl. II S. 448).

Berlin, den 1. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
der deutsch-brasilianischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 7. März 2013

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 27. Juni 2011/29. August 2011 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Finanzielle Zusammenarbeit „Fasttrack 2010“ (Vorhaben: „Offenes Programm Erneuerbare Energien/Energieeffizienz“ und „Solar WM 2014 Brasilien“) wird in der einleitenden deutschen Note nachstehend veröffentlicht.

Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrer Inkrafttretensklausel in Kraft tritt, wird im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.

Bonn, den 7. März 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Paul Garaycochea

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Brasilia, den 27. Juni 2011

Herr Minister,

ich beehre mich, die folgende, kürzlich zwischen Vertretern der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien getroffene Vereinbarung über die Gewährung nicht rückzahlbarer Finanzierungsbeiträge sowie deutscher Darlehen zur Förderung der Entwicklung in der Föderativen Republik Brasilien zu bestätigen:

1. In Übereinstimmung mit den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften stellt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konditionierte Mittel in Form von Darlehen (nachfolgend als „Darlehen“ bezeichnet) im Wert von insgesamt bis zu 140 000 000 EUR (in Worten: einhundertvierzig Millionen Euro) zur Verfügung. Diese Darlehen werden in Übereinstimmung mit den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften den in der Anlage aufgeführten Empfängern (nachfolgend als „Empfänger“ bezeichnet) von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in der Absicht gewährt, in Übereinstimmung mit den in der Föderativen Republik Brasilien geltenden Rechtsvorschriften die in der Anlage zu dieser Note aufgeführten Vorhaben gemäß der darin enthaltenen Zweckbestimmung durchzuführen.
2. (1) Die Bereitstellung der Darlehen erfolgt über Darlehensverträge, die zwischen den Empfängern und der KfW abzuschließen sind. Der Wortlaut und die Konditionen der Darlehen sowie die Verwendungsmodalitäten gehen aus den besagten Darlehensverträgen hervor.
(2) Die in Absatz 1 erwähnten Darlehensverträge werden abgeschlossen, nachdem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Durchführbarkeit der in der Anlage benannten und an diese Verträge geknüpften Vorhaben anerkannt hat.
(3) Die entsprechenden Auszahlungszeiträume können mit Einwilligung der zuständigen Stellen beider Regierungen verlängert werden.
3. (1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland kann von der Regierung der Föderativen Republik Brasilien für die Rückzahlung des den Empfängern gewährten Darlehens sowie die Zahlung der Zinsen und anderer Darlehenskosten eine Sicherheit verlangen, deren Gewährung an die Einhaltung der internen brasilianischen Anforderungen gebunden ist.
(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verlangt von der Regierung der Föderativen Republik Brasilien für die Rückzahlung des Darlehens sowie die Zahlung der Zinsen und anderer Darlehenskosten für das in der Anlage aufgeführte Vorhaben „Offene Programm Erneuerbare Energien / Energieeffizienz (Eletrobras)“ eine Staatsgarantie, deren Genehmigung an die Einhaltung der internen brasilianischen Anforderungen gebunden ist.
4. (1) Die Darlehen werden den brasilianischen Projektträgern für die vollständige oder anteilige Finanzierung von Warenkäufen und/oder Dienstleistungen zur Verfügung gestellt, die zur Durchführung der in der Anlage verzeichneten Vorhaben erforderlich sind, wie zum Beispiel Zahlungen an Lieferanten, Bauunternehmen und/oder Gutachter.
(2) Ein Teil der Darlehen kann zur Deckung der wechselkursbedingten Kosten dienen, die bei der Umrechnung in die einheimische Währung zwecks Durchführung der in Spalte 1 der Anlage verzeichneten Vorhaben entstehen.
5. Die Verwendung der Darlehensmittel für die vollständige oder anteilige Zahlung der unter Nummer 4 Absatz 1 genannten Waren und/oder Dienstleistungen hat in Übereinstimmung mit den Richtlinien der KfW für die Beauftragung von Consultants sowie für die Vergabe von Liefer- und Leistungsaufträgen in der finanziellen Zusammenarbeit zu erfolgen, die inter alia die bei der Ausschreibung internationaler Wettbewerbe einzuhaltenden Verfahren festlegen, es sei denn, solche Verfahren finden keine Anwendung oder sind nicht geeignet.
6. In Bezug auf den Seetransport und die entsprechende Versicherung von Waren, die ganz oder teilweise mit Darlehensmitteln erworben werden, vermeiden die beiden Regierungen im Rahmen ihrer jeweils anzuwendenden Gesetze und Verordnungen Restriktionen, die einem fairen und freien Wettbewerb der Transport- und Versicherungsunternehmen beider Länder schaden könnten.
7. Für deutsche Staatsbürger, deren Dienstleistungen in der Föderativen Republik Brasilien zur Lieferung der unter Nummer 4 Absatz 1 aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen erforderlich sind, gelten zwecks Ausübung ihrer Tätigkeit in der Föderativen Republik Brasilien in Übereinstimmung mit der brasilianischen Ausländergesetzgebung erleichterte Einreise- und Aufenthaltsbedingungen.

8. Die KfW übernimmt nicht die Zahlung von Steuern, Gebühren und öffentlichen Abgaben, die in der Föderativen Republik Brasilien in Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung der in Nummer 2 Absatz 1 genannten Verträge anfallen.
9. Die Zusage für die unter Nummer 1 in Verbindung mit der Anlage genannten Vorhaben und den unter Nummer 1 genannten Betrag entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehensverträge geschlossen wurden. Die entsprechenden Fristen enden mit Ablauf des 31. Dezember 2018.
10. Die in Nummer 1 in Verbindung mit der Anlage bezeichneten Vorhaben können nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.
11. Die Empfänger der Darlehen stellen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der KfW im Rahmen der abzuschließenden Einzelverträge Informationen und Daten über den Fortschritt der jeweiligen in der Anlage aufgeführten Vorhaben zur Verfügung.
12. Die beiden Regierungen konsultieren sich gegenseitig bezüglich eventuell auftauchender Fragen, die mit der gegenwärtigen Vereinbarung in Zusammenhang stehen.
13. Die Anlage ist Bestandteil dieser Note.
14. Diese Vereinbarung wird in deutscher und portugiesischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls die Regierung der Föderativen Republik Brasilien mit der oben dargestellten Vereinbarung einverstanden ist, beehre ich mich vorzuschlagen, dass diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, deren Wortlaut als verbindlich und endgültig festgelegt wird. Sie tritt für die in der Anlage genannten Vorhaben jeweils an dem Datum in Kraft, an dem bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine schriftliche Notifizierung der Regierung der Föderativen Republik Brasilien darüber eingeht, dass die innerbrasilianischen Voraussetzungen zur Unterzeichnung der Darlehensverträge gegeben sind.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Wilfried Grolig

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Föderativen Republik Brasilien
Herrn Antônio de Aguiar Patriota
Brasilia

Annex / Anexo

Zinsverbilligte Darlehen – Empréstimos a juros reduzidos

Projekt Projeto	Vertragspartner Tomador do Empréstimo ou Devedor	Zusagejahr Ano da autorização (do crédito)	Betrag in € Montante em €
1. Offenes Programm Erneuerbare Energien / Energieeffizienz Programa Aberto Energias Renováveis / Eficiência Energética	Eletrobras	2010	100 Mio.
2. Solar WM 2014 Brasilien (BNDES) Copa Mundial Solar 2014 Brasil (BNDES)	Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social (BNDES)	2010	40 Mio.

**Bekanntmachung
des deutsch-marokkanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 12. März 2013

Das in Rabat am 8. Juni 2012 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über Finanzielle Zusammenarbeit 2010 ist nach seinem Artikel 6

am 8. Juni 2012

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 12. März 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Daniela Erler

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über Finanzielle Zusammenarbeit 2010

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs Marokko –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Marokko beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Protokolle der Regierungsverhandlungen vom 22. Juni 2010 und 22. September 2010 in Rabat sowie die Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rabat Nummer 469/11 vom 19. Dezember 2011 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Königreichs Marokko oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen von insgesamt 9 500 000 Euro für die Vorhaben
 - a) „PMH III (Unterstützung Plan Maroc Vert)“ bis zu 5 Millionen Euro,
 - b) „Siedlungsabfallprogramm Marokko“ bis zu 4 500 000 Euro,

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist;
2. Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der folgenden Vorhaben:
 - a) für das unter Nummer 1 Buchstabe a genannte Vorhaben bis zu 500 000 Euro,
 - b) für das unter Nummer 1 Buchstabe b genannte Vorhaben bis zu 1 Million Euro,
3. Finanzierungsbeiträge von insgesamt 7 500 000 Euro für die Vorhaben
 - a) „PMH III (Unterstützung Plan Maroc Vert)“ bis zu 4 Millionen Euro,
 - b) „Siedlungsabfallprogramm Marokko“ bis zu 3 500 000 Euro,

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahmen, die zur Verbesserung der gesellschaft-

lichen Stellung der Frau dienen, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Königreichs Marokko oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer darüber hinaus

1. für das Vorhaben „Effizienzsteigerung Trinkwasser“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 40 Millionen Euro
2. für das Vorhaben „Solarkraftwerk Ouarzazate“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 60 Millionen Euro
3. für das Vorhaben „Trinkwasserversorgung Taroudant und Umland“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 21 Millionen Euro

zu erhalten, wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit des Vorhabens festgestellt worden ist und die gute Kreditwürdigkeit des Garantiegebers weiterhin gegeben ist und die Regierung des Königreichs Marokko eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selbst Kreditnehmer wird. Die Vorhaben können nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung des Königreichs Marokko zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(5) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 4 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

(6) Im Zusammenhang mit dem in Absatz 2 Nummer 3 genannten Vorhaben verzichtet das Königreich Marokko auf den im Abkommen vom 11. Februar 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über Finanzielle Zusammenarbeit 2006 für das Vorhaben „Sektorprogramm Wasserversorgung“ gewährten Finanzierungsbeitrag in Höhe von 2 500 000 Euro.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 2 und Absatz 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2018.

(3) Die Regierung des Königreichs Marokko, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(4) Die Regierung des Königreichs Marokko, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung des Königreichs Marokko übernimmt sämtliche Steuern und Abgaben, die der KfW gegenüber dem Königreich Marokko im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 dieses Abkommens erwähnten Verträge eventuell entstehen, so dass die KfW dem Königreich Marokko weder Steuern noch öffentliche Abgaben zahlen muss.

Artikel 4

Die Regierung des Königreichs Marokko überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Das im Abkommen vom 24. April 2009 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über Finanzielle Zusammenarbeit 2008 für das Vorhaben „Wasserkraftwerk Tilougguit“ vorgesehene Darlehen wird mit einem Betrag von 5 500 000 Euro reprogrammiert und für das Vorhaben „Windpark Taza (ex-Touahar)“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Das im Abkommen vom 11. Februar 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über Finanzielle Zusammenarbeit 2006 für das Vorhaben „Wasserkraftwerk Tilougguit“ vorgesehene Darlehen wird mit einem Betrag von 12 500 000 Euro reprogrammiert und für das Vorhaben „Windpark Taza (ex-Touahar)“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(3) Das im Abkommen vom 11. Februar 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über Finanzielle Zusammenarbeit 2006 für das Vorhaben „Unterstützung des nationalen Abwasserentsorgungsprogramms (AVA)“ vorgesehene Darlehen wird mit einem Betrag von 5 600 000 Euro reprogrammiert und für das Vorhaben „Abwasserentsorgung ländliche Zentren III Phase 2“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(4) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist grundsätzlich bereit, zusätzlich zu den in Absatz 1 genannten Beträgen, im Rahmen der in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden innerstaatlichen Richtlinien und bei Vorliegen der Deckungsvoraussetzungen eine Bürgschaft bis zu 37 600 000 Euro zur Ermöglichung von Verbundkrediten der Finanziellen Zusammenarbeit durch die KfW für die in Absatz 1 bis 3 genannten Vorhaben zu übernehmen. Die Bürgschaft teilt sich wie folgt auf:

1. für das in Absatz 1 und 2 genannte Vorhaben bis zu 32 Millionen Euro,
2. für das in Absatz 3 genannte Vorhaben bis zu 5 600 000 Euro.

(5) Das im Abkommen vom 20. Dezember 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über Finanzielle Zusammenarbeit 1994 für das Vorhaben „Kleine und mittlere Bewässerungsperimeter Dades Tal“ vorgesehene Darlehen wird mit einem Betrag von 1 374 050,13 Euro reprogrammiert und für das Vorhaben „Kleine und mittlere Bewässerungsperimeter (PMH III)“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(6) Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Abkommen vom 20. Dezember 1995, 11. Februar 2008 und 24. April 2009 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko auch für diese Vorhaben.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Rabat am 8. Juni 2012 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Sabine Bloch

Für die Regierung des Königreichs Marokko
Faouzia Zaaboul

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Haager Übereinkommens über die Zustellung
gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland
in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 19. März 2013

Das Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1453) ist nach seinem Artikel 28 Absatz 3 für

Armenien am 1. Februar 2013

Moldau, Republik* am 1. Februar 2013

nach Maßgabe von Erklärungen nach den Artikeln 5, 8, 15 und 16 des Übereinkommens

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. Januar 2013 (BGBl. II S. 169).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht unter <http://www.hcch.net> einsehbar.

Berlin, den 19. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
zu dem Datum des Inkrafttretens
des deutsch-san-marinesischen Abkommens
über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen
durch Informationsaustausch**

Vom 27. März 2013

Das mit Bekanntmachung vom 12. Februar 2013 (BGBl. II S. 333) veröffentlichte Datum (21. Dezember 2011) des Inkrafttretens des Abkommens vom 21. Juni 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik San Marino über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch (BGBl. 2011 II S. 908, 909) ersetzt das mit Bekanntmachung vom 1. Februar 2012 (BGBl. II S. 147) veröffentlichte Datum des Inkrafttretens des Abkommens.

Berlin, den 27. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
 Postanschrift: 11015 Berlin
 Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
 Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
 Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
 Postanschrift: 53094 Bonn
 Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
 Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
 Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
 Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
 Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln
 Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige
 Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundes-
 gesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durch-
 setzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende
 Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnement-
 bestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
 Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 52,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 4,25 € (3,20 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten).
 Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz
 beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Fundstellennachweis A

**Bundesrecht
 ohne völkerrechtliche Vereinbarungen**

Der Fundstellennachweis A weist die Fundstellen der im Bundesgesetzblatt oder im Bundesanzeiger veröffentlichten, noch geltenden Gesetze und Rechtsverordnungen der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme der Vorschriften, die lediglich der Inkraftsetzung völkerrechtlicher Vereinbarungen dienen, sowie das nach Anlage II des Einigungsvertrages noch fortgeltende Recht der Deutschen Demokratischen Republik nach.

Abgeschlossen am 31. Dezember 2012

Fundstellennachweis B

**Völkerrechtliche Vereinbarungen
 und Verträge zur Vorbereitung und Herstellung
 der Einheit Deutschlands**

Der Fundstellennachweis B weist die Fundstellen der von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie der Verträge zur Vorbereitung und Herstellung der Einheit Deutschlands nach, die im Bundesgesetzblatt, im Bundesanzeiger oder in deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die – soweit ersichtlich – noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Abgeschlossen am 31. Dezember 2012

Die Fundstellennachweise A und B (Stand 31. Dezember 2012) sind nicht mehr in gedruckter Fassung erhältlich und stehen auf der Internetseite der Bundesanzeiger Verlag GmbH (<http://www.bundesgesetzblatt.de>) über den kostenlosen Bürgerzugang im PDF-Format zur Verfügung.